D-01-085-2

Dringlichkeitsantrag: Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Migration & Flucht
Beschlussdatum:	20.11.2023
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 84 bis 90:
nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres Rechtsstaats als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des extremistischen Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der Gesellschaft zieht**, er kann rechts- oder linksextremistisch oder islamistisch motiviert sein**. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und ~~harte~~strafrechtliche Konsequenzen für die Täter*innen haben~~, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis~~. Diese Möglichkeit besteht längst.